

Düsseldorf, 17.07.2014

Stellungnahme des Landesintegrationsrates NRW zur zukünftigen Ausgestaltung der Unterbringung von Asylbewerbern in nordrhein- westfälischen Aufnahmeeinrichtungen

Der Landesintegrationsrat NRW begrüßt die Initiative des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (MIK), einen Dialog zur zukünftigen Ausgestaltung der Aufnahme und Landesunterbringung von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen in Nordrhein-Westfalen anzustoßen. Es ist angesichts überbelegter Unterkünfte bei steigenden Flüchtlingszahlen dringend geboten, konkrete Konzepte zur Unterbringung Asylsuchender in NRW auszuarbeiten und zeitnah umzusetzen. Dabei muss oberstes Ziel sein, ausreichende Qualitätsstandards der Unterkünfte und gesellschaftliche Akzeptanz dieser sicherzustellen.

Vor dem Hintergrund dieser Leitprinzipien ist der Projektbericht zur „Unterbringung von Asylbewerbern in nordrhein-westfälischen Aufnahmeeinrichtungen“ des MIK kritisch zu betrachten. Er zielt vor allem auf verwaltungstechnische Verbesserungen ab, wo humanitäre und gesellschaftspolitische Aspekte im Vordergrund stehen sollten. Die teils schlechten Unterbringungsbedingungen in Bezug auf Wohnraumgröße, hygienische Standards sowie psychosoziale Belastungen in den derzeit genutzten Erstaufnahmeeinrichtungen und Zentralen Unterbringungseinrichtungen sind bekannt. Daher muss die Sicherstellung der menschenwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge bei der Ausgestaltung der zukünftigen Flüchtlingsaufnahme Priorität haben.

Zu einer adäquaten Versorgung der Asylbewerber und Asylbewerberinnen in den Gemeinschaftsunterkünften gehört neben ausreichendem Wohnraum und medizinischer Versorgung auch qualifiziertes Personal, das interkulturell geschult ist. Um den sprachlichen und kulturellen Zugang zu den Geflüchteten zu erleichtern, ist es notwendig, insbesondere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund in diesem Tätigkeitsbereich zu beschäftigen. Darüber hinaus müssen auch die Möglichkeit der Telekommunikation und die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr gewährleistet sein sowie ausreichend

Informations- und Betreuungsangebote zur Verfügung gestellt werden. Da eine große Zahl der Flüchtlinge – auch derjenigen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde – über einen langen Zeitraum in der Bundesrepublik leben und viele ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft in Deutschland haben, sollten integrationspolitische Maßnahmen wie kostenlose Sprachkurse diesen Menschen die Möglichkeit der Teilhabe in allen Lebensbereichen einräumen. Dies ist auch im Sinne der ansässigen Bevölkerung zu fordern, da alle von der Ausschöpfung der Potentiale von Eingewanderten profitieren.

Eine dezentrale Form der Unterbringung in kleinen Gruppen ist dabei der Massenunterbringung ausdrücklich vorzuziehen. Als Alternative zur gemeinschaftlichen Unterbringung sollte den Kommunen daher das „Leverkusener Modell“ nahegelegt werden. Es erlaubt Flüchtlingen Privatwohnungen zu beziehen, was in der Regel mit erheblichen Vorteilen für alle Beteiligten verbunden ist. Den Flüchtlingen wird die Integration in die Gesellschaft deutlich erleichtert und ihnen die Möglichkeit gegeben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dies sorgt für hohe Akzeptanz in der Bevölkerung, Vorurteilen wird vorgebeugt und soziale Konflikte werden reduziert. Der Integrationsrat der Stadt Leverkusen, der an der Konzipierung des Modells beteiligt war, bestätigt die positiven Auswirkungen der Unterbringung in Privatwohnungen. Zudem ist diese Art der Unterbringung meist günstiger als die kostenintensiven Gemeinschaftsunterkünfte.

Wesentliche Voraussetzung für eine humanitäre Unterbringung ist die gesellschaftliche Akzeptanz von Flüchtlingen in den deutschen Städten und Gemeinden. Studien belegen, dass rassistische Einstellungen zunehmend auch in der Mitte der Gesellschaft zu finden sind. Unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Menschen vergiften derzeit insbesondere islamophobe Einstellungen und Ressentiments gegenüber Roma das gesellschaftliche Klima und gefährden das friedliche Zusammenleben. Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen nutzen Verunsicherungen in der Bevölkerung und schüren Ängste und Hass. Neben alltagsrassistischen Vorfällen zeigen sich handfeste Auswirkungen an der gestiegenen Zahl politisch rechts motivierter Straftaten in NRW im vergangenen Jahr und an der Zunahme gezielter Anschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte.

Es ist daher dringend geboten, diesen Entwicklungen entgegenzutreten und die Bemühungen für ein offenes und tolerantes Zusammenleben in der Gesellschaft zu verstärken. Der Landesintegrationsrat NRW hält eine landesweite öffentliche Kampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung in Bezug auf die Unterbringung von Asylsuchenden für eine wichtige Maßnahme. Dabei gilt es, der Bevölkerung die Lebenssituation der Flüchtlinge nahe zu bringen, aber auch allgemeine Vorurteile gegenüber Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund abzubauen.